



Das Hartz IV - Bürgergeld – einfach, niedrig und unsozial
Der jüngste Parteitagbeschluss der FDP zum "Liberalen" Bürgergeld

Die FDP hat nun ihr Bürgergeld beschlossen: "Als bedingtes Grundeinkommen, das Bedürftigkeit voraussetzt und Leistungsbereitschaft fordert, unterscheidet es sich von anderen Bürgergeldkonzepten, wie insbesondere dem leistungsfeindlichen und unfinanzierbaren bedingungslosen Grundeinkommen."

In nahezu allen Punkten entspricht dieses FDP-Papier dem bereits 2005 beschlossenen „Liberalen Bürgergeld“: Bereits vorhandene Sozialtransfers werden in der Form einer Negativen Einkommensteuer schlicht und einfach in das Steuersystem integriert. Darüber hinaus zeichnet sich der FDP-Vorschlag vor allem dadurch aus, dass das Hartz IV -Armutsniveau festgeschrieben wird und es weiterhin Bedürftigkeitsprüfungen und - bei Ablehnung einer "zumutbaren" Arbeit - Leistungskürzungen geben soll. Es ist schade, dass die FDP drei Jahre nutzlos hat verstreichen lassen und die Zeit nicht dazu genutzt hat, einen zukunftsweisenden und freiheitlichen Entwurf für eine Wirtschafts- und Sozialpolitik im 21. Jahrhundert vorzulegen. Was disziplinierende Kontrolle und Arbeitszwang mit liberal zu tun hat, bleibt das Geheimnis der FDP. Liberal wäre, dass jeder Mensch das unbedingte Existenzrecht und die freie Wahl der Teilhabe- und Lebensform hat, auf ein Leben und Tätigsein in Freiheit – ermöglicht durch ein bedingungsloses Grundeinkommen. Zu dessen Finanzierung bedarf es natürlich steuerlicher Anstrengungen und neuer Überlegungen und Konzepte. Falsch wäre es, die steuerliche Verteilungsfunktion des Gemeinwesens aufzugeben.

Die FDP missbraucht das Begriffspaar „Liberales Bürgergeld“ und verkehrt beide Begriffe in ihr Gegenteil – der kontrollierende, disziplinierende und sanktionierende Staat behält die Rolle eines Vormunds der Bürger, denen ein individueller Anspruch auf eine Sozialdividende konsequent vorenthalten wird.